

Kapitel III.

Warum Kapital und Regierung in Deutschland den Euro retten wollen – aber nur auf "deutsche Art"

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel, hat in diesem Sommer der Entscheidung seine Mit-Unternehmer aufgerufen, in die Diskussion über die Zukunft des Euro aktiv einzugreifen. Sie könnten "mit ihren wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten Orientierung geben". Im BDI sind 2000 Großunternehmen und 98.000 "Mittelständler". Er repräsentiert den Kern des in Deutschland operierenden Kapitals.

"Für den Euro sprechen politische und handfeste wirtschaftliche Gründe"

So überschrieb der BDI-Chef seinen Appell. (Keitel)

Zu den wichtigsten Argumenten zählen:

1. Der Euro hat den Handel mit dem Euroraum gestärkt. Deutschland exportiert mehr als die Hälfte seiner Wirtschaftsleistung ins Ausland und 40 % dieser Exporte gingen 2011 in den Euro-Raum, eine Steigerung von 8,6 % gegenüber dem Vorjahr. 53 % der größten Familienunternehmen gaben als ihre wichtigsten Absatzmärkte ausschließlich europäische Länder an. Auch als Ziel und Herkunftsort von Direktinvestitionen von und nach Deutschland spielen die Euroländer die zentrale Rolle. Der Euro-Raum dient vielen deutschen Unternehmen als Standbein zur Erschließung internationaler Wachstumsmärkte.

2. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat seit Einführung des Euro deutlich zugelegt. Hier hebt Keitel auf den Umstand ab, dass die Euro-Partner sich nicht mehr mit Abwertungen ihrer Währungen gegen die deutsche Überlegenheit zur Wehr setzen konnten, auch nicht, als die erheblich sinkenden Lohnstückkosten die deutsche Wirtschaft noch mehr in Vorteil setzten.

Es fehlt der Hinweis darauf, dass die Problemländer der Euro-Zone sich für die deutsche Exportwirtschaft geradezu segensreich auswirken, weil mit ihnen der Eurokurs heruntergedrückt wird und die deutschen Produkte global, auch außerhalb des Euro-Raums noch "wettbewerbsfähiger" werden. Jedes neue Problem-Euroland hilft der deutschen Exportwirtschaft.

3. Der Euro hat zu einem strukturell niedrigeren Zinsniveau und damit zu günstigeren Investitions- und Wachstumsbedingungen geführt. Bekanntlich gilt dies seit dem Beginn der Finanz- und Eurokrise nur mehr für Deutschland und einige Partner im

"Norden". In den Problemländern sorgen die eminenten Zinsaufschläge für das Verkümmern letzter eventueller Wirtschaftsimpulse. Das kümmert Herrn Keitel nicht, er spricht über die Vorteile der Euro-Zone für die "deutsche Wirtschaft".

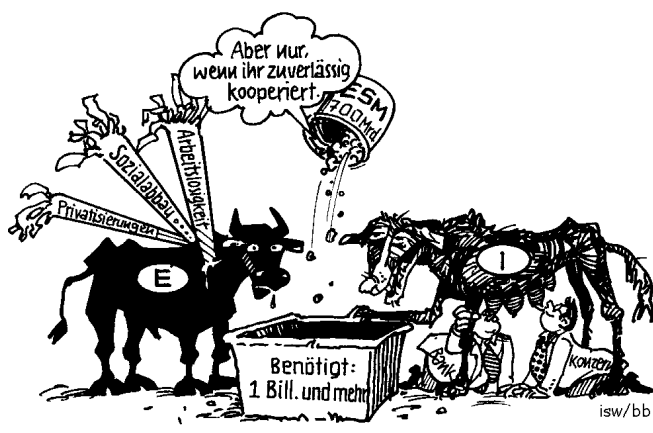
4. Der Euro verschafft Deutschland das wirtschaftliche Gewicht, um internationale politische Rahmenbedingungen künftig mitzugestalten. Der Anteil Deutschlands am globalen Bruttoinlandsprodukt liegt nur noch bei rund 4 %, der der Euro-Zone bei 14,5 %, der der EU bei einem runden Viertel der Weltwirtschaftsleistung. Europa müsse jetzt konsequent zu einer politischen Union ausgebaut werden, um in der globalen Politik sich entsprechend durchzusetzen. Zentrales Ziel der Übertragung weiterer wirtschafts- und finanzpolitischer Kompetenzen auf die europäische Ebene sei "die Förderung von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen". "Die verstärkte und transparente Überwachung der nationalen Haushaltspolitik im Europäischen Semester und die Einführung nationaler Schuldenbremsen im Rahmen des Fiskalpaktes sind erste Schritte, die mir Mut machen". Von Bedenken wegen "angeblich undemokratischer fiskalpolitischer Mechanismen" – immerhin sind die Klagen von Zehntausenden beim Verfassungsgericht anhängig – hält Keitel nichts. "Handlungsfähigkeit" muss hergestellt werden, da kann die Industrie solche Bedenkenträger nicht brauchen.

Wenige Tage nach dem Appell seines Präsidenten legt BDI-Hauptgeschäftsführer Kerber nach. Die deutschen Politiker seien entschlossen, "die amateurhafte Art zu beenden, in der die europäischen Institutionen" mit der Krise umgegangen seien. Im künftigen Europa "bilden gleichgesinnte Staaten eine tief integrierte Eurozone, in der die sinnvolle Übertragung und Aufteilung von politischer Souveränität steht und nicht die Umverteilung von Wohlstand". (Kerber)

Die Unternehmer-Funktionäre lehnen demokratisches Argumentieren und vor allem auch Umverteilungsdebatten ab, sie schätzen eine straffe politische Planung in der Euro-Zone ohne solche Mätzchen, und vor allem das Vorgehen der Bundeskanzlerin. Deutschland formuliere zu Recht klarer, "welches Europa es sich vorstellt. Darin liegt nicht länger ein Unterton von Dominanz oder Arroganz gegenüber seinen Nachbarn – dank Merkels Stil, kleine, vorsichtige Schritte zu machen, und dank ihrer Abneigung gegen große Entwürfe." (A.a.O.)

Die Merkel-Regierung in der Zwickmühle

Die Kapitalisten-Klasse, die mit der demonstrativen Zustimmung des BDI zu Merkels Linie die Regierung auf eine Fortführung dieser Politik verpflichten will, ist die wichtigste gesellschaftliche Kraft, auf die die Koalition sich stützt. Insofern hat der Chefvolkswirt der Commerzbank recht: "Die politischen und wirtschaftlichen Eliten hängen von der Weiterexistenz der Währungsunion ab." (FAS, 10.6.2012) Merkel und die Ihren müssen indes nicht nur auf das Kapital in Deutschland hören, sie müssen sich auch im Euro-Kontext durchsetzen und sie müssen sich mit dem Willen der Wähler arrangieren. Auf beiden Feldern türmen sich Probleme auf.



Mit der Wahl von François Hollande zum Präsidenten Frankreichs und wachsendem Widerstand in Griechenland, Italien und vor allem auch Spanien gegen die unsozialen Spar-Programme ist die Diskussion in der Euro-Gruppe deutlich schärfer und konfliktreicher geworden. Zuletzt wurde der Dissens deutlich bei den Forderungen mehrerer Euroländer, den künftigen Euro-Schutzschirm ESM mit einer Banklizenz auszustatten, die es ihm erlaubt, sich unbegrenzt bei der EZB Geld zu leihen und damit Anleihen finanzschwacher Länder zu kaufen. Die sofortige Reaktion aus Berlin: Nein. Während Hollande, Monti und Österreichs Kanzler Faymann sich für den Plan erwärmten – für sie liegt der Vorteil darin, dass endlich die leidige Frage: "Reicht denn der jeweilige Schutzschirm" ein für allemal aus der Welt wäre, denn die Bank ESM mit der EZB im Verbund hätte unbegrenzte finanzielle Feuerkraft und die Finanzmärkte müssten ihr Spekulationsspiel mit den Problemländern beenden – nannte FDP-Fraktionschef Brüderle ihn eine "Vermögensvernichtungswaffe" und der Sprecher von Bundesfinanzminister Schäuble erklärte, man sehe "keine Notwendigkeit dafür". (SZ, 1.8.2012) Frau Merkel hat sich bisher nicht öffentlich geäußert. Zu ähnlichen Vorschlägen zuvor war ihre Haltung: "nicht solange ich lebe". (HB, 28.6.2012)

Merkel hat sich in der Frage der Vergemeinschaftung von Schulden, wozu auch die Staatsfinanzierung per ESM/EZB gehören würde, bisher in einem Maß fest-

gelegt, dass sie einen neuen, entgegen gesetzten Kurs kaum glaubhaft vertreten könnte. Der Schwenk würde ihr wahrscheinlich auch von großen Teilen der Wählerschaft nicht verziehen werden. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen ist gegen die gemeinsame Haftung im Euro-Raum nach dem Motto, "wieso sollen wir fleißigen und sparsamen Deutschen für die faulen und skrupellosen Südländer zahlen". Mehr als 70 Prozent der Deutschen sind gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden. (Zeit, 26.7.2012) Auch die SPD weicht vor dieser soliden Mehrheit zurück. So wie Peer Steinbrück, Kandidat für den Spitzenkandidatenposten der SPD bei der nächsten Bundestagswahl, für den sich "in einigen Fällen" die Zweifel mehreren, "ob alle Länder in der Euro-Zone gehalten werden können". (BamS, 22.7.2012)

Kursschwenk um 180 Grad?

Ob die Merkel-CDU ihrerseits einen Kursschwenk um 180 Grad durchführen wird und ob dieser von der Öffentlichkeit angenommen würde, hängt u.a. von folgenden Punkten ab: 1) Wie stark ist der Widerstand in der Euro-Gruppe gegen die strikte Fortführung der deutschen Linie "Kein Geld ohne Gegenleistung – keine Vergemeinschaftung von Schulden". Würden die "Partner" glaubhaft auf den Bruch zusteuern, wenn Deutschland stur bleibt? 2) Wie hoch wären die Kosten eines Bruchs für Deutschland? Wären sie wirklich niedriger als weitere Rettungsmaßnahmen, diesmal mit EZB-Krediten und Primärmarkt-Käufen von Staatsanleihen durch den ESM? Könnte dies einer Mehrheit der Öffentlichkeit vermittelt werden?

Primärmarkt / Sekundärmarkt

Der Primärmarkt ist der Finanzmarkt für die Erstaussgabe von Finanztiteln, in der Regel Aktien oder Anleihen. Der Emissionspreis ist gegeben, die Nachfrage entscheidet, wie viele Wertpapiere der Verkäufer ausgeben kann. Der Sekundärmarkt bezeichnet den Umlaufmarkt schon emittierter Wertpapiere. Hier entscheidet sich, zu welchem Preis diese gehandelt werden.

Die Regierungen der Südländer stehen in ihren Gesellschaften unter stärkstem politischen Druck. Die griechische Regierung kann ihre Versprechen an die Bevölkerung ebenso wenig einlösen wie ihre Zusagen an die Troika. Sie wird mit aller Macht auf die Finanzierung ihrer Anleihen und der nationalen Banken mit ESM-EZB-Krediten drängen. In Italien stehen im Frühjahr 2013 Wahlen an, Monti muss seiner Regierung, die im Reform-Wirrwarr stecken geblieben ist und auf wachsenden Widerstand trifft, den Erfolg in der Euro-Auseinandersetzung verschaffen. Hollande steht bei seinen Wählern im Wort und geht bislang den angekündigten Weg hin zu einer eigenständigeren Rolle Frankreichs in der Euro-Politik. Die Regierung Rajoy in Spanien leidet unter galoppierendem

Sympathieverlust, die sozio-politischen Spannungen nehmen zu, die Gegenseite rüstet sich für einen Generalstreik im Herbst. Wenn sich Merkel mit ihrer Linie durchsetzt, wären alle diese Regierungen in Schwierigkeiten, bis auf Paris sogar in Existenznöten. Die Auseinandersetzung in der Euro-Gruppe wird unbittlich werden, die deutsche Regierung befindet sich in einer Minderheiten-Position und würde Euro-Europa an ihrer Haltung zerbrechen, wäre die Rolle des europäischen Monsters für Deutschland für längere Zeit festgelegt.

Die Merkel-Regierung wird also die Option eines Schwenks – in kleinen Schritten, vielleicht beginnend mit einer flexiblen ESM-Lösung – genau prüfen. Man könnte erklären, dass gerade mit dem ESM die Devise "Keine Hilfe ohne Gegenleistung" eingehalten wird, während beim Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB dies bislang nicht gegeben ist. In den ESM-Statuten ist festgelegt, dass der Fonds nur dann Anleihen aufkaufen darf, wenn sich die Regierungen verpflichtet haben, die Empfehlungen der Europäischen Kommission für ihr Land fristgerecht zu erfüllen.

Vor allem aber wird man die Kosten ausmalen, die beim Bruch der Euro-Zone entstehen würden. Nach einer Studie von Goldman Sachs muss, wenn die Länder wettbewerbsfähig werden sollen, das Preisniveau in Frankreich um 20 % sinken; das Italiens um 10 bis 15 %; das Spaniens um 20 %, das von Griechenland und Portugal um 30 bzw. 35 %. (ifo Standpunkt, 18.5.2012) Beim Zerburchen des Euro würden diese Länder ihre dann wieder nationalen Währungen entsprechend und noch weiter abwerten. Für den Euro-Nord oder die DM, mit der Deutschland dann seine Waren auf den internationalen Märkten anbieten würde, wäre eine analoge Aufwertung die Folge und die Exportchancen wären drastisch gemindert.

Die 780 Mrd. Euro des Rettungsfonds EFSF, die in den nächsten Monaten gänzlich aufgebraucht sein werden, wären verloren. Auf Deutschland würden 253 Mrd. Euro entfallen. Insgesamt sind bislang für 1,5 Billionen Euro Staatskredite vergeben worden, die deutsche Haftung kommt auf fast 800 Milliarden Euro. Im EZB-internen Verrechnungsverfahren Target 2 hat die deutsche Bundesbank mittlerweile Forderungen von fast 730 Milliarden Euro gegenüber den übrigen Notenbanken der Euro-Zone. Neben Deutschland weisen nur noch Holland (155 Mrd. Euro), Luxemburg (115 Mrd.), Finnland (73 Mrd.) und Estland (0,7 Mrd.) positive Salden auf. Alle übrigen 12 Euro-Länder sind im Minus, allen voran Spanien (408 Mrd.) und Italien (274 Mrd.). Würde die Währungsunion zerbrechen, wäre der größte Teil des deutschen Überschusses von 730 Milliarden Euro verloren. (SZ, 2.8.2012)

Deutsche Finanzanlagen in den Problemländern belaufen sich auf 777 Milliarden Euro, davon halten monetäre Finanzinstitutionen 378 Mrd., Wirtschaftsunternehmen und Private 316 Mrd., öffentliche Haushalte 84 Mrd. Euro, die im Fall des Zerbrechens der

Währungsunion weitgehend verbrannt wären. Die Gesamtforderungen der BRD an den Euro-Raum machen 2,8 Billionen Euro aus. (ohne Target-2-Kredite; Sachverständigenrat, S. 10) Allein die Allianz-Versicherung hätte in Italien Verluste von bis zu 31 Mrd. Euro zu erwarten. (Zeit, 26.7.2012) Gegenüber Italien und Spanien haben deutsche Banken Forderungen von 280 Mrd. Euro. (Wirtschaftswoche, 9.7.2012) Die würden sie dann allenfalls in der neuen Währung der Länder erhalten, wenn nicht die Kreditnehmer im Strudel der Abwärtsspirale in den Problemländern überhaupt insolvent wären.

Target 2

Target ist die Abkürzung für "Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System", das Zahlungsverkehrssystem der Notenbanken der Euro-Mitgliedsstaaten und der Europäischen Zentralbank. ("2" deshalb, weil es sich um die zweite Generation des Target-Systems handelt). Zentralbankoperationen, Überweisungen aus Großbetragszahlungssystemen im Interbankenverkehr und andere Euro-Transfers werden über Target 2 verrechnet. Bei der belasteten Notenbank entsteht ein negativer TARGET 2-Saldo (Verbindlichkeit gegenüber der EZB), bei der empfangenden Notenbank ein positiver Saldo (Forderung gegenüber der EZB). Im Juli 2012 hatten nur fünf Euro-Länder (Deutschland, Niederlande, Luxemburg, Finnland, Estland) einen positiven Saldo, Deutschland mit 729 Mrd. Euro, den mit Abstand höchsten. Die zwölf übrigen Länder wiesen negative Salden auf, am schlechtesten lagen Italien (minus 274 Mrd) und Spanien (minus 408 Mrd. Euro).

Die Zahlen verweisen auf die Größe der Probleme und die Stärke der Kapitalkräfte, die an der Aufrechterhaltung des Euro interessiert sind. Es sind vor allem die Finanzinstitute und die Exportwirtschaft, also die Säulen der deutschen Wirtschaft.

Die tiefere Bedeutung der Staatsschulden- und Eurokrise für das Kapital und seine politischen Agenten

Warum verfolgen die Euro-Gewaltigen bislang so stur die Austerity-Politik? Begreifen die Verantwortlichen nicht, dass sie so immer tiefer in die Krise steuern?

Sie begreifen das sehr wohl, jedenfalls maßgebliche Politiker wie Merkel oder Schäuble. Sie haben drei "übergeordnete" Gründe, warum sie das Austerity-Konzept solange wie möglich verfolgen:

1) Der Abbau der Staatsschulden ist das neue Mantra des Neoliberalismus: runter mit dem Staat; runter mit den Ansprüchen; hoch mit der Opferbereitschaft.

Dass Löhne, Renten und Sozialleistungen minimiert werden, war von jeher das Ziel des Neoliberalismus. Nun ist, nach der Finanz- und Staatskrise, der Neoliberalismus allgemein bis auf die Knochen blamiert,

aber die sogenannte "Gesundung" der Staatsfinanzen erfordert angeblich die Deckelung des Sozialstaats und überhaupt der Ansprüche aller, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängen. Die "Reform der Arbeitsmärkte" meint stets die totale Flexibilisierung, die Aufhebung von Tarifverträgen und Rechten der Arbeitnehmer, von der Lohnhöhe über den Kündigungsschutz bis zum Rentenalter. Statt der bisherigen Rechte hat man mehr Opferbereitschaft einzuüben.

Im Fiskalpakt wird die staatliche Neuverschuldung, die in den Maastrichter Verträgen 1993 auf 3 % des BIP festgelegt wurde, jetzt auf 0,5 % des BIP verkürzt. (Fiskalpakt) Gleichzeitig wird in Artikel 3 festgelegt, dass bestehende Staatsschulden von mehr als 60 % des BIP jedes Jahr in Höhe von 5 % abgebaut werden müssen. In Deutschland sind das jährlich 25 Mrd. Euro, 10 % des Bundeshaushalts. Der Fiskalpakt wird bei Beibehaltung der Politik der Steuervermeidung bei Reichen und Unternehmen zu einem gewaltigen Schrumpfen der öffentlichen Leistungen führen.

2) Mit der "Rettungspolitik" wird die Demokratie außer Kraft gesetzt.

Mit dem Verfahren "Kredite gegen Reformen und Kontrolle" und in Zukunft mit dem Fiskalpakt wird die Demokratie in den einzelnen Ländern auf breiter Front ausgehöhlt. Im Artikel 5 des Fiskalpakts heißt es: "Eine Vertragspartei, die Gegenstand eines Defizitverfahrens ist, legt ein Haushalts- und Wirtschaftsprogramm auf, das eine detaillierte Beschreibung der Strukturformen enthält, die zur Korrektur ihres übermäßigen Defizits zu beschließen und umzusetzen sind. Inhalt und Form dieser Programme werden dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission im Rahmen der bestehenden Überwachungsverfahren des Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Genehmigung vorgelegt werden und auch innerhalb dieses Rahmens überwacht werden." In Artikel 18 wird das Prinzip der zentral gesteuerten Genehmigung und Kontrolle auf alle Vertragsparteien ausgedehnt, also nicht nur auf besondere Defizitländer: Die Vertragsparteien (das sind 25 der 27 EU-Länder, nur Großbritannien und Tschechien haben nicht unterschrieben, CS) stellen sicher, "dass alle von ihnen geplanten größeren wirtschaftspolitischen Reformen vorab zwischen ihnen erörtert und gegebenenfalls koordiniert werden. In diese Koordinierung werden die Organe der Europäischen Union einbezogen."

Es geht mithin um das Abtreten von Souveränität und Demokratie der Mitgliedstaaten an die EU- und Eurozentrale in allen Grundfragen der Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

3) Euro-Europa soll fit gemacht werden für die Konkurrenz mit Asien

Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und seit seiner ziemlich exakten Vorhersage der Finanzkrise einer der Hauptgurus der Ökonomen-Zunft, kann im 'Spiegel'

breit ausführen, dass die Südeuropäer begreifen müssten, dass ihr Lebensstil unter den Bedingungen der Globalisierung nicht zu halten sei. Mit Hinweis auf die Konkurrenz in Asien führt er aus, Griechen und andere müssten sich ihre Löhne um die Hälfte senken lassen. In dieselbe Kerbe haut der Chef der WTO (Welthandelsorganisation), Lamy, wenn er sagt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Firmen müsse gegenüber den zukünftigen Hauptkonkurrenten China und Indien verbessert werden. Dies ginge nicht mehr über Qualitätsunterschiede, sondern verlange die Senkung der Arbeitskosten.

Dieses Fitmachen für den Wettbewerb mit der asiatischen Konkurrenz gilt nicht nur für "Problemländer", sondern für den gesamten Euro-Raum. Es geht um eine grundlegende sozialpolitische Degradierung der gesamten Eurozone. Finanzminister Schäuble hat Deutschland da zuvorderst miteinbezogen, indem er erklärte, die Bundesrepublik müsse in diesem Prozess ein "Vorbild durch Beispiel" darstellen.